

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Arnold.
Für die Inserate verantwortlich:
Walter Kraus.
Sede in Aue i. Erzgeb.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-6 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerergerger. Fernsprecher 22.
Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Druck und Verlag
Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft
m. b. H.
in Aue i. Erzgeb.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 50 Pfg. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk., monatlich 64 Pfg. — Einzeln Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungsvertrag. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Inserationspreis: Die siebenzeilige Korpuszeile oder deren Raum für Inserate aus Aue und den Ortsteilen des Amtshauptmannschafts Schwarzenberg 10 Pfg., sonst 15 Pfg. Reklameweisung 25 Pfg. Bei größeren Aufträgen sind besondere Abmachungen. Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Annahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten.

Das Wichtigste vom Tage.

In Leipzig wurde gestern eine Sitzung des Bundesausschusses des Nationalliberalen Bundesvereins für das Königreich Sachsen abgehalten. (S. Rgr. Schf.)

Das Amtsblatt des Berliner Reichspostamtes teilt mit, daß von jetzt ab Postpakete nach Tripolis zur Beförderung über Italien wieder angenommen werden.

Das nächste Gordon-Bennett-Fliegen der Räfte wird voraussichtlich im Herbst 1912 in München seinen Ausgang nehmen.

In Elßig-Boßringen fanden am gestrigen Sonntag die Wahlen zur zweiten Kammer statt. (S. Tel.)

Bei einem Riesenbrand in Konstantinopel wurden 400 Häuser eingedäschert. (S. bef. Art. i. Blg. u. Tel.)

Die Zentrumsniederlage in Konstanz.

Nach Immenstadt — Konstanz! Wenn sich die Aussichten erfüllen, die das Ergebnis der Reichstagswahl in Konstanz-Überlingen eröffnet, so wird die Nationalliberale Partei in den Zentrumsturm, von dessen Unerkennbarkeit die Kerlschen so viel Rühmens machen, in kurzem die zweite Bresche geschossen haben. Ein glückseliger Zeichen für die allgemeinen Neuwahlen im Januar! Und abermals ein schlagender Beweis dafür, daß gewisse Zentrumspolitiker ebensowenig, wie die ostelbischen Hochburgen der Konservativen sicher sind, wenn das freihändlerische Bürgertum alle Kräfte zusammenschließt und dem Gegner mit der Energie zu Leibe geht, die der Ernst der Zeit erfordert. Im ersten badischen Reichstagswahlkreis haben 80 v. H. der Wahlberechtigten gewählt gegen 80 v. H. im Jahre 1907; mit dem Erfolge, daß der Zentrumskandidat Frhr. von Rüpplin nur 18 410 Stimmen erhielt gegen 14 327 Stimmen, die 1907 auf den verstorbenen Abg. Hug fielen. Das ist ein Rückgang der Liberalen Stimmen um über 900! Und diesem ultramontanen Verlust steht ein nationalliberaler Zuwachs von 8-4000 Stimmen gegenüber; es traten 1907 für den nationalliberalen Kandidaten 8596 Wähler ein, deren Zahl sich auf 11 234, nach einer anderen Meldung auf 12 370 erhöhte. Die Sozialdemokratie brachte es diesmal auf 2967, nach dem Vordrängen auf 3384 Stimmen gegen 2565 Stimmen im Jahre 1907. Da das Zentrum schwerlich in der Lage ist, größere Referenzen heranzuziehen, so sind die Stichwahlausichten des nationalliberalen Kandidaten, Handelsgeheimers Schmid, als sehr günstig anzusehen, und es besteht alle Hoffnung, daß der liberale Freiherr von Rüpplin mit seinem Lieb vom Schlangenschwanz und seinen weinenden Engeln den Kampfplatz als — zweiter Sieger verläßt.

Von anderer Seite wird uns zu dem Konstanz-Wahlergebnis noch geschrieben: Ein erfreuliches Ergebnis für die Nationalliberale Partei bedeutet der Ausgang der Erstwahl in dem ersten badischen Reichstagswahlkreis Konstanz-Überlingen. Nach den vorliegenden Ziffern hat in diesem, zu 91 Prozent katholischen, Kreise das Zentrum einen Rückgang von etwa tausend Stimmen erfahren, während die vereinigten liberalen Parteien ein Plus von über 25 Prozent Stimmen auf ihrem Konto buchen konnten. Auch die Sozialdemokratie hat einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, der aber weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben ist und in der Steigerung von 2500 auf 3000 Stimmen gegenüber der Zunahme der liberalen Stimmen um mehr als 25 Prozent nicht entscheidend in Betracht kommt. Dieser Erfolg des Liberalismus ist um so bedeutsamer, als nach Mittelungen des Wahlkreises die dortige Zeitung des Bundes der Landwirte alsbald die Unterstützung des liberalen Kandidaten beschließen haben soll. Der Wahlkampf war außerordentlich heftig und wurde namentlich von der Zentrumspartei mit allen Mitteln geführt. Man versuchte, an das Gewissen der Katholiken zu appellieren, indem man wider alle Wahrscheit behauptete, daß die Religion in Gefahr und ein neuer Kulturkampf in Sicht sei. Man sollte den Liberalismus als religions- und insbesondere katholikenfeindlich hin, und der Zentrumskandidat wogte davon zu sprechen, daß die Liberalen ihre Inspirationen für den politischen Kampf von dem leidenschaftlichen Satan empfangen. Das es an Gerechtigkeit im dortigen Bezirk gab, das arbeitete für die Zentrumspartei und für die als ihre Pflicht betrachtete Idee, den Wahlkreis des Abgeordneten

Hug, der seit über 20 Jahren im ununterbrochenen Besitze des Zentrums war, zu erhalten. Der Liberalismus hat demgegenüber seinen erfreulichen Erfolg dadurch erzielt, daß er unter Mitwirkung einer großen Anzahl nationalliberaler und freisinniger Parlamentarier die gegenwärtige politische Lage scharf gekennzeichnet und gleichzeitig das falsche Spiel des Zentrums bei der Finanzreform beleuchtet hat. Noch ist erst die erste Hälfte der Arbeit getan, aber die freundliche Begünstigung mitgemacht hat, welche die Versammlungen der Liberalen im dortigen Wahlkreise überall ausgezeichnet, der wird nicht daran zweifeln und wird die Hoffnung hegen können, daß auch in diesem, früher liberalen Kreise, die Flagge des Liberalismus in Zukunft wieder wehen wird.

England und die Orientwirren.

Das Vorgehen Frankreichs in Marokko und die dadurch bewirkte Aktion Deutschlands hat begreiflicherweise anstößend gewirkt. Auch Italien glaubte nunmehr die Stunde für gekommen, um an der afrikanischen Küste festen Fuß zu fassen und das seit langem begehrte Tripolis zu besetzen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn immer wieder das Gerücht auftaucht, daß nunmehr auch England seinerseits den Moment für gekommen erachte, um in Ägypten seinen Fuß zu machen und das Land, das man schon seit Jahren besetzt, offiziell zu annektieren. Allerdings wird eine derartige Absicht bestritten. Man erklärt, eine solche Maßnahme wäre im höchsten Grade unpolitisch, wobei man nicht versteht, Deutschland einen Seitenhieb zu erteilen. Das geschieht mit dem Bemerkten, Deutschland würde dadurch eine Waffe in die Hand gegeben, und es würde nicht verfehlen, der Porte zu beweißen, daß Englands Vorgehen ebensowenig zu rechtfertigen sei, wie das Italiens in Tripolis, und der Einfluß Großbritanniens in der Türkei würde durch eine solche Maßnahme aufs tiefste erschüttert werden. Aber auch andere internationale Gründe, so meint man, verbieten England augenblicklich, einen solchen Fehler zu begehen. Nicht nur die Konflikte, die durch die Mächte entstehen könnten, die auf Grund von Kapitulationen in Ägypten Rechte zu besitzen wüßten, sondern auch in verpolitische Gründe in England selber verhindern ein derartiges Vorgehen, das möglicherweise eine Erhebung der Jungegyptier zur Folge haben und auch eine Rückwirkung in allen muslimanischen Kreisen der englischen Kolonien haben würde. Diese Argumentation trifft vollständig zu, und es wäre in der Tat ein schwerer Fehler, wenn England die Mächte hinsichtlich Ägyptens vor ein fait accompli stellen würde.

Allerdings ist aufgehoben nicht aufgehoben, und man darf sicher sein, daß eines Tages die Engländer die Weltweit derart überfallen, daß Ägypten zu einer englischen Kolonie erklärt worden sei. Diesen Weg werden die Dinge sicher nehmen, denn Ägypten brauchen die Engländer wie das tägliche Stroh Brot, anderenfalls ihnen der große Verkehr mit Ostindien unterbunden wird. Aber die Engländer haben absolut keinen Grund, die Dinge zu überstürzen. Sie können bis zu dem Tage warten, wo ihnen die reife Frucht in den Schoß fällt. Würde man sich jetzt zur Annexion Ägyptens entschließen, so würde das, wie oben bemerkt, die schwersten Folgen nach sich ziehen, insbesondere würde man dann in Konstantinopel erkennen können, was Getreide und John Bull ist. Mit einem Schlage würde man dann die Sympathien vernichten, die selber die Engländer infolge des korrekten Verhaltens Deutschlands, das nicht mit unersättlichen Verpressungen gekommen ist, augenblicklich am goldenen Horn besitzen. Versteht doch in der Kammer ein Abgeordneter nicht, die Haltung Englands als des einzigen wahren Freundes der Türkei ganz besonders zu betonen. Und doch steht außer Frage, daß in den jetzigen Orientwirren England wieder einmal ein zwiespältiges Spiel treibt. Aber doch wird über kurz oder lang der Tag kommen, wo Äthion die Nase heruntergerissen wird und man allerorts einseht, daß England stets er scheint, wenn es ohne sonderliche eigene Bemühungen in der Lage ist, im Trüben zu fischen.

Aus dem Königreich Sachsen.

Eröffnung des Bundesausschusses des Nationalliberalen Bundesvereins für das Königreich Sachsen.

Der Bundesausschuß des Nationalliberalen Bundesvereins für das Königreich Sachsen trat am gestrigen Sonntag in Leipzig zu einer Tagung zusammen, die, abgesehen von inneren Parteiangelegenheiten, eine Anzahl wichtiger Fragen zu erledigen hatte. Es waren 141 Bundesauschussmitglieder als Vertreter der einzelnen sächsischen Organisationen erschienen. Der Vorsitzende, Herr Franz Conrad-Beigig, begrüßte den Bundesausschuß, insbesondere die Reichstags- und Landtagsabgeordneten, wies auf die hiesigen politischen Spannungen der Zeit,

tag dann auf Parteiangelegenheiten ein und erteilte jedem Herrn Abgeordneten Seminarreferat Seyfert-Bischoff, das Wort zum ersten Punkte der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses zur Vorbereitung der Reform des Volksschulgesetzes. Dr. Seyfert berichtete über die langwierige Arbeit des vom Bundesausschuß im Frühjahr 1910 berufenen Schulausschusses, deren Ergebnis in Gestalt einer übersichtlichen Druckchrift vorliegt. Redner erörterte in vorzüglicher Weise die hauptsächlichsten Streitpunkte und empfahl schließlich die Überweisung des Berichtes an die Landtagsfraktion als Material zu ihren künftigen Beratungen. Die klar durchgeführte Rede des Herrn Dr. Seyfert fand lebhaftesten Beifall. Man trat hierauf in eine Besprechung des Hauptpunktes der dem Schulausschuß nach den Vorschlägen des Herrn Seminarreferats Dr. Seyfert festgestellten Grundforderungen ein. Nach längerer Debatte wurde wegen der vorgerückten Tageszeit beschlossen, die Verhandlungen abbrechen, den Bericht des Schulausschusses der Landtagsfraktion als Material zu überweisen und den Schulausschuß des Bundesvereins zu ersuchen, seinen Standpunkt in der Frage der Volksschulreform in kurzen Zeilen zusammenzufassen, die einer späteren Sitzung des Bundesausschusses zur Beschlußfassung vorzulegen sind, und zwar innerhalb vier Wochen. Wegen der vorgerückten Zeit wurde der Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Fuchs über die politische Lage für eine spätere Tagung vorgezogen. Schließlich berichtete Herr Generalsekretär Dr. Westendorfer kurz über die Wahlvorbereitungen. Daran wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Neunte sächsische Bundesynode.

In der 23. öffentlichen Sitzung am Sonnabend gab der Präsident des Bundeskonferenzbüros eine Erklärung des Inhalts ab, daß das sächsische Kriegsmilitärministerium habe gegen die neuartigen Ausführungen in der Synode über die sächsische Militärreform unter dem früheren sächsischen Kriegsminister v. Habrich. Es wolle die Anschuldigungen zurück, als ob die für diese Reform damals verfügbaren Gelder zu anderen Zwecken Verwendung gefunden hätten. Es folgte die Wahl eines ständigen Ausschusses. Durch Juro wurden gewählt von den weltlichen Mitgliedern: Präsident Graf Witzthum v. Schaßb., Geheimrat Hofrat v. Treuen und Bürgermeister Dr. Seegen-Burgen, von den geistlichen Mitgliedern Superintendent Hempel-Dippoldisdorfs, Superintendent Röber-Drina und Pfarrer Siebenhaar-Dreitendorf; zu Stellvertretern von den weltlichen Mitgliedern Kammerpräsident Dr. Vogel-Dresden, Geheimrat Rat Dr. Lotichius-Dresden und Bürgermeister Carl-Marienberg von den geistlichen Mitgliedern Oberpfarrer Dr. Altem-Strehla, Pfarrer Fraustadt-Schredig und Geh. Kirchenrat Prof. D. Hymel-Beipzig. Nächste Sitzung am heutigen Montag 9 Uhr.

König Friedrich August in Wien.

König Friedrich August, Kronprinz Georg, Prinz Friedrich Christian, Prinz und Prinzessin Johann Georg, Prinz Max und Prinzessin Mathilde sind am Sonnabend aus Schwarzau in Wien eingetroffen und haben im Augustapalais Wohnung genommen. Sonnabend abend fand bei der Erzherzogin Maria Josefa ein Familiensoirée statt, an dem die Mitglieder des königlichen Hauses teilnahmen. Gestern mittag fand ein Familienfrühstück, von abends 8 1/2 Uhr ein Diner statt, an dem ebenfalls die königliche Familie teilnahm. Zu dem Diner waren ferner erschienen der deutsche Botschafter von Tschirsky, der sächsische Gesandte Graf von Hey nebst Gemahlin und der sächsische Wirkliche Hofrat Franz Josef Kattete gestern nachmittags dem König von Sachsen im Augustapalais einen halbständigen Besuch ab. 8 Uhr 40 Minuten reiste der König mit seinen beiden Söhnen mit der Nordwestbahn nach Dresden. Prinz und Prinzessin Johann Georg werden heute abend 9 Uhr 50 Minuten nach Dresden reisen. Prinz Max und Prinzessin Mathilde bleiben noch in Wien.

Der Vorstand des nationalen Ausschusses für das Königreich Sachsen hat eine Rundgebung zum Zusammenritt des Reichstags veröffentlicht, in der er Stellung nimmt zur tripolitischen Frage und damit zum Fortbestand des Dreibundes, und darlegt, daß Italien im entscheidenden Augenblick immer von seinen Verbündeten zu England überzugehen sei. Der Vorstand verlangt eine Erklärung der Reichsregierung, in der sie Stellung gegen die allgemeine Deutsche nehmen und zum Ausbruch bringen soll, daß sie nicht gewillt sei, Deutschland in seiner Entwicklung durch englische Ränke gehemmt zu sehen.

* Namen L. S., 23. Oktober. Unfall auf der Straße. Ein 45 Jahre alter Hirsbergler hatte in der Herberge zum Heimer einen Diebstahl ausgeführt, was aber übersehen worden. Auf der Flucht vor den herbeigerufenen Polizeibeamten stieß er vom Dach eines Hauses und fiel auf ein Schieferdach, wo er lebensgefährlich liegen blieb. Die Wunden bedrohten einen Sch-